

Gemeinsame Veranstaltung von AGJF Karlsruhe und Stuttgart im Waldbronner Jugendtreff:

## Welche Auswirkung hat die Einstellung der Personalkostenzuschüsse?

Im Februar 2017 wurde vom Kreistag die Streichung der Personalkostenzuschüsse für die offene Jugendarbeit bei 11 Gegenstimmen beschlossen, um die Umlageerhöhung für die Gemeinden in Grenzen zu halten. Davon sind im Landkreis 29 Jugendeinrichtungen betroffen.

Zu diesem Thema haben die AGJF Karlsruhe und Stuttgart gemeinsam zu einer ganztägigen Veranstaltung Waldbronner Jugendtreff geladen.

Nachdem am Vormittag in vier Workshops, die sich an die in der Offenen Jugendarbeit tätigen Fachkräfte richteten, verschiedene Aspekte der Qualitätssicherung betrachtet wurden, wurde am Nachmittag in einer öffentlichen Podiumsdiskussion von Fachkräften und Politikern diskutiert, welche Auswirkungen die beschlossene Einstellung der Personalkostenzuschüsse auf die Qualität der Offenen Jugendarbeit hat. Während Vertreter des Landratsamtes und viele Kreistagsmitglieder mit der Streichung einverstanden waren, gab es besonders aus den Reihen der Mitarbeiter der Jugendarbeit Kritik.

Peter Kappes vom Landratsamt war der Meinung, dass das Netz an Jugendfreizeitstätten inzwischen sehr gut ausgebaut und vom Kreis ausreichend gefördert worden sei. Nun gehe die Zuständigkeit zurück an die Gemeinden, die durchaus ein gutes Bewusstsein für die Jugendarbeit zeigten. Von Mitgliedern des Kreistags wurde dies ebenfalls positiv bewertet: Man sei bereit, so ein Bürgermeister, die fehlenden Zuschüsse selbst zu tragen, da man durch die Streichung ja weniger Umlage zahlen müsse. Man wolle die Standards er-

halten und regelmäßig überprüfen lassen. Statt Schließungen würden eher neue Jugendzentren entstehen, da der Bedarf klar erkannt sei. Hier wurden allerdings Zweifel laut, dass einige Gemeinden sich das Geld lieber sparen, z.B. Hausmeisterarbeiten und Renovierungen eventuell sogar kürzen oder schieben. Nicht nur im Kreishaushalt muss gespart werden, jede einzelne Gemeinde ist gefordert, ihre finanziellen Spielräume genau abzugrenzen und hier werden die Gemeinderäte dann eben wieder an die sogenannten freiwilligen Leistungen gehen. Es wird befürchtet, dass die Gewichtung, die durch die übergeordnete Behörde gegeben war, innerhalb der Gemeinden verloren geht. Die Offene Jugendarbeit gemeinsam mit der Schulsozialarbeit ist aber sehr wichtig für alle Städte und Gemeinden, damit viele Jugendliche, die z.B. keinem Verein angehören, kein soziales Netz haben, aufgefangen werden können. Hier wünschen sich die Betroffenen ein klares Signal der Kommunen, dass die gekürzten Mittel von den Kommunen zu 100 % ausgeglichen werden.

Angesichts extremem Fachkräftemangel ist es notwendig, die Jugendarbeit entsprechend zu honorieren. Auch wird die Arbeit immer vielfältiger, da häufig sehr gute Integrationsarbeit geleistet wird.

Von Seiten des Landkreises wurde versichert, dass man die Entwicklung genau beobachten und spätestens im Sozialbericht (alle 3 Jahre) die Situation überprüfen werde. Auch gibt es weiterhin Mitarbeiter im Landratsamt, die die Sozialarbeiter in der Jugend- und Familienarbeit unterstützen.